

# Knochenfunde an der FU Berlin – Erinnerungskultur heute

G. Wilde (2018)

<sup>1</sup> Gerichtsmedizinischer Bericht zu den Knochenfunden auf dem Campus. Knochen lagen mehrere Jahrzehnte in der Erde, in: campus.leben, 19.11.2014, in: [https://www.fu-berlin.de/campusleben/intern/2014/20141119\\_knochenfunde/index.html](https://www.fu-berlin.de/campusleben/intern/2014/20141119_knochenfunde/index.html) [zuletzt am 31.07.2018].

Als am 1. Juli 2014, während Sanierungsarbeiten an der Außenanlage der Universitätsbibliothek, menschliche Knochenreste gefunden wurden, rief dies in der Folgezeit ein starkes mediales Interesse hervor. Der Grund hierfür war zum einen der Fund an sich und zum anderen der Umgang mit diesem.

Zunächst wurden die Arbeiten in der Harnackstraße eingestellt und die zuständige Polizeibehörde leitete Untersuchungen zu Herkunft und Datierung des Fundes ein. Im späten Herbst lag das rechtsmedizinische Gutachten vom Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin vor. Der Befund hielt fest, dass die Knochen bereits mehrere Jahrzehnte in der Erde gelegen haben müssen und von mindestens 15 Personen stammten. Diese seien Erwachsene und Jugendliche oder Kinder gewesen. Nach dem Abschluss der Untersuchungen übergab das Landesinstitut den Fund an das Krematorium Ruhleben. Dort wurde er am 12. Dezember 2014 eingäschert und wenig später anonym auf dem Friedhof Ruhleben begraben. Doch gerade dieser Vorgang ist zu einem heiklen Diskussionsthema geworden. Denn neben den menschlichen Knochen befanden sich an der Fundstelle zehn runde Kunststoffmarken, die mit handgeschriebenen Nummern versehen waren, und eine Ampulle mit einer eingetrockneten Flüssigkeit darin. Laut dem Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin handelte es sich dabei um das Lokalanästhetikum Procain. Hinsichtlich der Kunststoffmarken merkte das Institut an, dass diese „an Markierungen für biologische/medizinische Präparate“ erinnern würden.<sup>1</sup>

Menschliche Knochenfunde in Berlin sind nicht ungewöhnlich. Die Verbindung solch eines Fundes mit diesen Objekten hingegen schon. Auffällig ist auch der Fundort. Er liegt in unmittelbarer Nähe zur Ihnestraße 22. Das Grundstück (inklusive Gebäude) gehört seit 1948 zur Freien Universität und wird derzeit vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft genutzt. Von 1927 bis 1944 hatte jedoch das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik hier seinen Sitz. Die Einrichtung widmete sich in seinem Forschungsschwerpunkt der Frage, inwieweit menschliche Eigenschaften (worunter auch Alkoholismus und Kriminalität verstanden wurden) erblich seien. Vor diesem Hintergrund führte sie Experimente an Tieren und Menschen durch. Besonders die Zwillingsforschung mit Berliner Proband\*innen nahm hierbei einen wichtigen Stellenwert ein. Das Institut erhielt zusätzlich für seine Untersuchungen Augen und Blutpräparate von Josef Mengele aus dem Konzentrationslager Auschwitz. Generell spielte das Kaiser-Wilhelm-Institut für die nationalsozialistische Rassenpolitik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Beide Institutsdirektoren (bis 1942 Eugen Fischer, anschließend Otmar Freiherr von Verschuer) vertraten die Ansicht, dass Wissenschaft und Politik eng zusammenarbeiten sollten und eine gemeinsame Schnittstelle die Rassenhygiene darstellen würde. Für die Untersuchungen wurde des Weiteren eine anthropologische Sammlung genutzt. Diese gehörte ursprünglich Felix von Luschan, einem Mitarbeiter des Museums für Völkerkunde und Dozent an der Friedrich-Wil-

helm-Universität (heutige Humboldt-Universität zu Berlin). Die Knochen stammten aus den ehemaligen deutschen Kolonien in Süd-Ost-Asien und Afrika, darunter u. a. aus dem Konzentrationslager Haifischinsel in Namibia. Nach Luschans Tod 1924 besaß die Berliner Universität die Sammlung. Drei Jahre später wurde sie dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zur Verwaltung und Aufbewahrung übergeben. In der Folgezeit wuchs die Sammlung auf 4.000 bis 5.000 Einzelteile an. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die HU Berlin sie zurück. Da die Bestandsdokumentation im Krieg fast vollständig zerstört wurde, ist nicht gesichert, ob es sich dabei um die vollständige Sammlung handelte. Weder die Vergangenheit dieses Ortes noch die anderen entdeckten Objekte wurden zum Anlass genommen, um weitere Untersuchungen der menschlichen Knochenfunde einzuleiten. In einem Interview mit *campus.leben* vom 4. Februar 2015 führte der damalige FU-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt dafür mehrere Gründe an. Er hob insbesondere die Kleinteiligkeit und die starke Verwitterung, die eine exakte Datierung nicht möglich gemacht hätten, hervor. Außerdem führte er an, dass bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in der Ihnestraße 22 menschliche Knochen aus mehreren Berliner Museumssammlungen gelagert hätten. Somit wäre die Benennung der Opfergruppen zu spekulativ gewesen. Deutlich wird anhand solch einer Aussage vor allem, dass der Ursprung von anthropologischen Knochensammlungen immer noch zu wenig problematisiert und die Opfer des Kolonialismus in der deutschen Erinnerungskultur einen untergeordneten Stellenwert haben. Laut Prof. Dr. Alt sei die Grundlage der Entscheidung, keine weiteren Untersuchungen zu beauftragen, letztendlich ein gemeinsamer Beschluss der Freien Universität, auf deren Gelände die Knochen gefunden wurden, sowie der Max-Planck-Gesellschaft, welche die Rechtsnachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist, gewesen.<sup>2</sup>

Michael Tsokos, Leiter des Berliner Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin, sowie Lars Oesterhelweg, leitender Oberarzt in der Rechtsmedizin der Charité, meinten hingegen, keine näheren Erläuterungen zum besagten Kaiser-Wilhelm-Institut erhalten zu haben. Daher nahmen sie keine weiteren Analysen vor.<sup>3</sup> Was folgte, waren Schuldzuweisungen aus unterschiedlichen Richtungen, die sich um die fehlende Aufarbeitung der Herkunft der Knochen und die anonyme Bestattung in Ruhleben drehten. Die Berliner Zeitung z. B. warf in ihrer Kolumne „Geistlos und roh an der FU Berlin“ Prof. Dr. Alt ein falsches Vorgehen vor, veröffentlichte aber am 4. Februar 2015 eine Richtigstellung der Vorgänge.<sup>4</sup> Professor Alt selbst räumte gegenüber dem *Tagesspiegel* anfangs eine Kommunikationslücke zum Landesinstitut ein.<sup>5</sup> Allerdings berichtete die Zeitung einige Tage später, dass der FU-Präsident im Akademischen Senat plötzlich verkündet hätte, die Charité habe über den Kontext der Funde Bescheid gewusst. Dem *Tagesspiegel* teilte die Universität auf Nachfrage mit, sie hätte die Polizei auf die spezielle Verortung der Funde aufmerksam gemacht. Man sei davon ausgegangen, die Polizei würde die Information an das Landesinstitut weiterleiten. Darüber hinaus hätten Vertreter der Universität

in Telefonaten mit der Gerichtsmedizin die mögliche Verbindung der Knochen zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik und zum Nationalsozialismus thematisiert. Dies wiederum bestritt Michael Tsokos.<sup>6</sup>

Wer wen wann über was genau in Kenntnis setzte oder nicht, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Offenkundig ist, dass ein großes Kommunikationsproblem zwischen allen Beteiligten bestand. Das betraf ebenso die universitätsinterne Informationsübermittlung. In den ersten beiden veröffentlichten Mitteilungen über die Knochenfunde im Online-Magazin *campus.leben* gab es keinerlei Verweis auf das Kaiser-Wilhelm-Institut.<sup>7</sup> Es wurde erst in einem Bericht vom 27. Januar 2015 erwähnt.<sup>8</sup> Zu einem Zeitpunkt also, zu dem die Knochen bereits bestattet waren und nachdem Andrea Barthélémy am 12. Januar 2015 in einem Artikel von einer potentiellen Verbindung des Fundes zum Konzentrationslager Auschwitz sprach.<sup>9</sup>

Der mediale Aufschrei schien zunächst Wirkung auf die Handlungsweise der FU gehabt zu haben. Sie gründete eine Arbeitsgruppe, die die Herkunft der Knochen nachträglich klären sowie mögliche Gedenkformen konzipieren sollte. Die Gruppe bestand aus Mitgliedern und Expert\*innen der Universität, der Max-Planck-Gesellschaft sowie des Landesdenkmalamtes Berlin. Anlässlich neuer Bauarbeiten in der Harnackstraße (zwischen der Universitätsbibliothek und dem Henry-Ford-Bau) im Juni 2015 beschloss diese, den Vorgang durch Bodenuntersuchungen begleiten zu lassen. Dafür zuständig waren das Landesdenkmalamt und Archäolog\*innen der Freien Universität, unter der Leitung von Prof. Dr. Susan Pollock und Prof. Dr. Reinhard Bernbeck. Das gleiche Team führte auch in der Folgezeit Ausgrabungen durch: Als die Außenanlage der Ihnestraße 24 im August 2015 erneuert wurde sowie in der Harnackstraße in unmittelbarer Umgebung der ersten Knochenfundstelle im November 2015 und Anfang Februar 2016. Während in der Ihnestraße lediglich Knochen tierischen Ursprungs entdeckt wurden, konnten bei allen Grabungsarbeiten in der Harnackstraße abermals Menschenknochen geborgen werden.

Im Sommer 2016 ließ die offizielle Arbeitsgruppe den Fundort von 2014 erneut öffnen und die Verfüllung untersuchen. Diese enthielt zahlreiche menschliche Zähne, Schädelpartien, Gipsstücke sowie weitere handschriftlich nummerierte Kunststoffmarken. Seitdem wird der Fund im Hinblick auf sein Alter, Geschlecht, Mindestindividuenzahl, Pathologien und Ursachen für die Fragmentierung analysiert. Offen ist, ob invasive Untersuchungen vorgenommen werden. Da bei diesen die Knochenfragmente direkt bearbeitet werden würden, wäre dies letztendlich eine Entscheidung, die alle potentiell betroffenen Opferverbände zu treffen hätten. Der Universität muss an dieser Stelle zu Gute gehalten werden, dass sie im Sommer 2015 wenigstens dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma über die Knochenfunde, die Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts und die gebildete Arbeitsgruppe Bescheid gegeben hat. Anfang 2016 nahm sie ein weiteres Mal Kontakt auf. Dabei informierte sie die Zentralräte über den damaligen Untersuchungsstand und fragte nach deren Meinungen

<sup>2</sup> „Unhaltbare Vorwürfe“: Ein Interview mit Universitätspräsident Peter-André Alt zu den Anschuldigungen im Umgang mit den Knochenfunden auf dem Campus, in: *campus.leben*, 04.02.2015, in: [https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2015/150204\\_interview-alt-knochen/index.html](https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2015/150204_interview-alt-knochen/index.html) [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>3</sup> Kühne, Anja: Menschenknochen auf dem FU-Campus. Zu wenig kommuniziert, in: *Der Tagesspiegel*, 26.01.2015, in: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/menschenknochen-auf-dem-fu-campus-zu-wenig-kommuniziert/11284156.html> [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>4</sup> Zur Kolumne „Geistlos und roh an der FU Berlin“ Richtigstellung, in: *Berliner Zeitung*, 04.02.2015, in: <https://www.berliner-zeitung.de/zur-kolumne--geistlos-und-roh-an-der-fu-berlin--richtigstellung-2670146> [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>5</sup> Kühne: Menschenknochen auf dem FU-Campus, in: *Der Tagesspiegel*, 26.01.2015.

<sup>6</sup> Kühne, Anja: Neue Widersprüche bei Skelettresten auf dem FU-Campus, in: *Der Tagesspiegel*, 06.02.2015, in: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/heikler-fund-neue-widersprueche-bei-skelettresten-auf-dem-fu-campus/11333914.html> [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>7</sup> Bauarbeiter stoßen auf menschliche Knochen. Fund bei Sanierungsarbeiten beschäftigt die Polizei, in: *campus.leben*, 03.07.2014, in: [https://www.fu-berlin.de/campusleben/interne/2014/140703\\_fund/index.html](https://www.fu-berlin.de/campusleben/interne/2014/140703_fund/index.html) [zuletzt am 31.07.2018] sowie Gerichtsmedizinischer Bericht zu den Knochenfunden auf dem Campus. Knochen lagen mehrere Jahrzehnte in der Erde, in: *campus.leben*, 19.11.2014, in: [https://www.fu-berlin.de/campusleben/interne/2014/20141119\\_knochenfunde/index.html](https://www.fu-berlin.de/campusleben/interne/2014/20141119_knochenfunde/index.html) [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>8</sup> Küppers, Juliane: „Ihr, die ihr gesichert lebet...“ Freie Universität gedenkt der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz mit einer Kranzniederlegung, in: campus.leben, 27.01.2015, in: <https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2015/150127-kranzniederlegung/index.html> [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>9</sup> Barthélémy, Andrea: War Josef Mengele Absender des grausigen Fundes?, in: WELT, 12.01.2015, in: <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article136284183/War-Josef-Mengele-Absender-des-grausigen-Fundes.html> [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>10</sup> Neue Grube mit menschlichen Knochen an der Harnackstraße entdeckt. Auch Marken und Gipsteile gefunden/ Untersuchungsergebnisse nicht vor Jahresende erwartet, in: campus.leben, 01.09.2016, in: <https://www.fu-berlin.de/campusleben/campus/2016/160901-knochen-grabung-abgeschlossen/index.html> [zuletzt am 31.07.2018].

<sup>11</sup> „Unhaltbare Vorwürfe“. Ein Interview mit Universitätspräsident Peter-André Alt, in: campus.leben, 04.02.2015.

<sup>12</sup> <http://manufacturing-race.org/de>.

zu invasiven Analysemethoden sowie spezifischen Bestattungsritualen. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma antwortete der Universität bezüglich der Untersuchungsverfahren keine spezifischen religiösen und kulturellen Vorbehalte zu haben, solange die Würde der Toten gewährleistet sei. Das war im Mai 2016. Seitdem gab es keinen gegenseitigen Austausch mehr. Die Freie Universität selbst hatte zuletzt am 1. September 2016 auf campus.leben über das Thema berichtet.<sup>10</sup>

Somit ist weder der aktuelle Stand der Untersuchungen bekannt, noch gibt es einen Hinweis darauf, ob bzw. was es für Pläne für die ausstehende Bestattung und das Gedenken an die möglichen Opfergruppen gibt. Dabei hatte das FU-Präsidium bereits nach dem ersten Fund betont, dass die Menschenknochen würdig bestattet werden müssten. Die Max-Planck-Gesellschaft schlug in diesem Zusammenhang vor, die Knochen auf dem Münchener Waldfriedhof für Opfer des NS-Regimes beizusetzen. Die Frage, die sich zunächst mit der Bestattung in Ruhleben erübrigt zu haben schien, stellt sich mit den Funden aus den Jahren 2015 und 2016 wieder: Wie, wo und wann sollen sie beerdigt werden? Des Weiteren hatte Prof. Dr. Alt in dem uni-internen Interview Anfang 2015 verkündet, dass nach Beendigung der Bauarbeiten ein Gedenkstein an dem ersten Fundort aufgestellt werden wird.<sup>11</sup> Von diesem ist allerdings bis heute nichts zu sehen.

Generell scheinen Initiativen, die sich für eine aktive Gedenkkultur an der Universität einsetzen, stärker von engagierten Professor\*innen und Studierenden als vom Präsidium der FU vorangetrieben zu werden. Am 27. Januar 2015 (anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus) fand zum Beispiel eine Gedenkveranstaltung statt, die von Reinhard Bernbeck (Professor für Vorderasiatische Archäologie) angestoßen wurde. Sie wurde vor dem Gebäude in der Ihnestraße 22 und an der Fundstelle in der Harnackstraße durchgeführt. Am selben Tag verteilten Studierende des Otto-Suhr-Instituts Handzettel, auf denen sie eine Professur für Antisemitismusforschung forderten.

2016 wiederum erstellten Studierende der Politikwissenschaft zusammen mit Prof. Bilgin Ayata ein Gedenkkonzept für den Standort Ihnestraße 22. Frau Ayata war zu diesem Zeitpunkt auch Mitglied der von der Universität gegründeten Arbeitsgruppe für die Knochenfunde. Das Konzept sah eine digitale Infotafel mit Touchscreenfunktion vor, eingefasst in einem größeren künstlerischen Objekt. Für die inhaltliche Gestaltung sollte eine Expert\*innenkommission, bestehend aus Wissenschaftler\*innen, erinnerungspolitischen Akteur\*innen und Vertreter\*innen von Opferverbänden, eingesetzt werden. Besonders wichtig war der Gruppe, dass die Kommission alle potentiellen Opfergruppen berücksichtigen und die Rolle der Wissenschaft in der deutschen Rassenpolitik beleuchten würde. Vor diesem Hintergrund hätte die Möglichkeit bestanden, das von den gleichen Studierenden ins Leben gerufene Webseiten-Projekt „Manufacturing Race“ in den Informationspool einzupflegen. Die Seite behandelt unter anderem die Verbindung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zum deutschen Kolonialismus.<sup>12</sup> Ebenso hätte es sich angeboten, die Knochenfunde sowie die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der ei-

genen Geschichte zu thematisieren. Das Otto-Suhr-Institut sicherte sogar einen Kostenzuschuss für das multidirektionale Erinnerungskonzept zu. Letztendlich scheiterte die Umsetzung jedoch an dem Weggang der wesentlichen Initiator\*innen (einschließlich Prof. Dr. Ayata). Bedauerlicherweise hatte es die Freie Universität versäumt, die Fortführung dieses vielversprechenden Projekts beispielsweise durch eine dauerhafte Stelle zu sichern.

Die Knochenfunde und das Kaiser-Wilhelm-Institut wurden erst im Sommersemester 2017 abermals zum Thema. Unter dem Titel „Vergangenheitspolitik in der Kontroverse zwischen Staat, politischen Akteuren und Wissenschaft. Das politische und wissenschaftliche Erbe des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ boten die beiden Historiker\*innen Dr. Susanne Heim und Dr. Florian Schmaltz eine kooperative Lehrveranstaltung an der Freien und der Technischen Universität Berlin an. Aus diesem Seminar entwickelte sich eine Arbeitsgruppe, die aus Politikwissenschafts- und Geschichtsstudierenden sowie einem ehemaligen Mitglied der Manufacturing-Race-Gruppe besteht. Ihre Zielsetzung ist eine aktivere Erinnerungskultur an der FU. Aus diesem Grund nahm die Initiative zunächst Kontakt zum Universitätspräsidium auf. Im November 2017 fand ein persönliches Treffen mit Prof. Dr. Alt und seinem Referenten, Goran Krstin, statt. In dem Gespräch wurden die Knochenfunde, der Gedenkstein, das multidirektionale Erinnerungskonzept, das Einbeziehen von Opferverbänden und die Verankerung der Geschichte in der Lehre thematisiert. Dabei sprach sich Prof. Alt für eine genauere Aufarbeitung des Ortes Ihnestraße 22 sowie eine bessere Gedenkkultur aus. Außerdem wies er darauf hin, dass beides am OSI verankert werden könne. Dafür (und für organisatorische Zwecke) sei obendrein die Einrichtung einer Stelle denkbar. Dem Vorschlag, die Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts zu einem festen Bestandteil der Lehre zu machen, war Prof. Alt nicht abgeneigt. Ob bzw. inwieweit das Thema Knochenfunde an der Freien Universität im Großen und Ganzen berücksichtigt werden würde, ging aus dem Gespräch allerdings nicht eindeutig hervor. Dennoch: Im Endergebnis wirkte das Treffen durchaus vielversprechend.

Daher erhielt das Präsidium wenig später eine E-Mail, die die Inhalte der Besprechung zusammenfasste und – um eventuellen Missverständnissen vorzubeugen – bestätigt oder korrigiert werden sollte. Leider kam bis heute keine Antwort darauf. Ebenfalls wurde der im Gespräch geäußerte Plan, neben dem Institut für Politikwissenschaft das Friedrich-Meinecke-Institut hinzuziehen, nie in die Tat umgesetzt. Lediglich Prof. Dr. Ladwig, geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts, wurde vom Präsidium kontaktiert. Doch wurde er dabei nicht über die Existenz der (studentischen) Arbeitsgruppe in Kenntnis gesetzt.

Die (studentische) Initiative selbst ist im März 2018 eher zufällig auf eine entsprechende Stellenausschreibung am Institut für Politikwissenschaft gestoßen. Somit hat das FU-Präsidium zwar diesbezüglich Wort gehalten, aber versäumt, die Ausschreibung an die Arbeitsgruppe weiterzuleiten. In Folge dessen nahm sie selbst Kontakt zu Prof. Dr. Ladwig und seinem Re-

ferenten, Joscha Dapper, auf. In einem persönlichen Gespräch konnten sie sich hinsichtlich der Stellenbeschreibung und dem zukünftigen Aufgabenfeld austauschen. Die Stellenausschreibung wurde daraufhin Ende Juni 2018 leicht modifiziert erneut veröffentlicht. Der Aufgabenbereich der geplanten Post-Doc-Stelle wurde wie folgt beschrieben: „Durchführung eines universitätsinternen Forschungsprojekts zur geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Gebäudes der Ihnestraße 22 (ehemaliges Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik); Durchführung von Lehrveranstaltungen am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft; enge Verzahnung des Forschungsprojekts mit der Lehre (forschungsorientierte Lehre); Einbeziehung von Opferverbänden; Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit; Organisation von Workshops, Fachgesprächen und Tagungen.“<sup>13</sup>

Alles in allem wurden die Inhalte sehr allgemein gehalten, wodurch mehrere Aspekte vernachlässigt werden könnten. Zum einen sollte der\*die Postdoktorand\*in nicht nur Kenntnisse über die Geschichte der Rassenhygiene ab 1927, sondern ebenso über den deutschen Kolonialismus haben. So könnte die Berücksichtigung möglichst vieler Opfergruppen im Forschungsprojekt gewährleistet werden. Zum anderen sollten in den geplanten Lehrveranstaltungen unterschiedliche Perspektiven beleuchtet werden. Sei es, indem Lehrende anderer Fachbereiche Kurse anbieten, kooperative Seminare gebildet werden oder eine für die breite Öffentlichkeit zugängliche Ringvorlesung abgehalten wird. Die Beiträge hierfür könnten von Expert\*innen unterschiedlicher Fachrichtungen, Vertreter\*innen von Opferverbänden und erinnerungspolitischen Akteur\*innen geliefert werden. Für eine Perspektiverweiterung könnten auch Studierende der Geschichtswissenschaft, Medizin, Veterinärmedizin, Archäologie sowie der Sozial- und Kulturanthropologie sorgen. Die Themen Geschichte und Folgen der Forschungen des Kaiser-Wilhelm-Instituts sowie die aktuellen Knochenfunde sind für diese ebenfalls relevant. Daher sollte sich das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft aktiv darum bemühen, diesen Studierenden den Zugang zu solchen Lehrveranstaltungen zu erleichtern. Letzten Endes würde dies ebenso einen Gewinn für das Forschungsprojekt, welches voraussichtlich in der Erstellung und Umsetzung eines Gedenkkonzeptes bestehen wird, darstellen. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Stelle mit einer aufgeschlossenen Person besetzt wird, die diese Ansichten teilt.

Insgesamt haben die Knochenfunde an der Freien Universität Berlin auf zwei Dinge aufmerksam gemacht. Einerseits braucht es immer wieder engagierte Personen, die eine veränderte Erinnerungskultur an der Universität anstoßen. Vom FU-Präsidium scheint hingegen wenig von sich aus initiiert zu werden. Selbst die veröffentlichte Stellenausschreibung kann nicht ganz dem Eindruck entgegenwirken, dass die Aufarbeitung der Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik sowie die Entwicklung von Gedenkformen an das Otto-Suhr-Institut ausgelagert wurden. Andererseits könnte diese Wahrnehmung die Folge einer unzulänglichen Kommunikation an der Universität sein. Weshalb es umso

notwendiger wäre, diese zu verbessern. Im digitalen Zeitalter ist es schlicht und ergreifend schwer nachvollziehbar, weshalb Institute nicht über studentische Initiativen und Stellenausschreibungen informiert werden oder Entscheidungen, die die Untersuchung der Knochen betreffen, hinter geschlossenen Türen getroffen werden. Es muss möglich sein, wenigstens einen aktuellen Stand der Analysen zu veröffentlichen oder in einem Vortrag an der Universität zu thematisieren. Dabei geht es nicht darum, abgeschlossene Ergebnisse präsentiert zu bekommen, sondern in Kenntnis gesetzt zu werden. Außerdem wäre es wünschenswert, weitere Verbände von möglichen Opfergruppen des besagten Kaiser-Wilhelm-Instituts (wie zum Beispiel den Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e. V.) vorab zu kontaktieren. Es sollte ihnen ebenfalls ein Mitspracherecht zum Umgang mit den Knochenfunden, Analysemethoden und möglichen Gedenkformen zugestanden werden. Letzteres würde vor allem zeigen, dass die Geschichte des deutschen Kolonialismus deutlich präsenter in der Erinnerungskultur wird. Darüber hinaus sollte sich die Freie Universität bewusst werden, dass weder eine 1988 an der Eingangsfassade der Ihnestraße 22 angebrachte Gedenktafel noch der eventuell in Zukunft gesetzte Gedenkstein am ersten Fundort der menschlichen Knochen für ein andauerndes Erinnern ausreichen. Insbesondere, da kein Text die Komplexität des Ortes in ein paar Zeilen wiedergeben kann. Ein multidirektionaler Erinnerungsort, bestehend aus der Gedenktafel und einem Informationspool (bspw. in Form einer Dauerausstellung) sowie fächerübergreifenden, variierenden Lehrangeboten, könnte dagegen für eine dauerhafte Verankerung der Geschichte im kollektiven Gedächtnis der FU sorgen. Dies erscheint umso wichtiger, da die Post-Doc-Stelle am Institut für Politikwissenschaft zunächst auf zwei Jahre befristet sein wird.

*Die Autorin ist Mitglied der im Text erwähnten (studentischen) Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Knochenfunde am einstigen Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.*

<sup>13</sup> <https://www.fu-berlin.de/service/stellen/st-2018/st-20180625/index.html>.